Beilage 1693

Der Bayerische Ministerpräsident.

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags.

Betrifft: Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen.

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats ersuche ich um weitere verfassungsmäßige Behandlung des oben bezeichneten Entwurfs.

München, den 28. Juli 1948.

(gez.) Dr. Chard,

Bayerischer Ministerpräsident.

Gesetz

über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen.

§ 1

§ 52 der 2. Kriegsmaßnahmenverordnung vom 27. September 1944 (RGBl. I Seite 229) wird aufgehoben.

§ 2

Fideikommißgerichte des 1. Rechtszuges sind die Oberlandesgerichte (Fideikommißsenate).

An die Stelle des Obersten Fideikommißgerichts im vormaligen Reichsjustizministerium tritt für Bayern das Oberste Landesgericht; dieses entscheidet als Oberstes Fideikommißgericht über die sofortige Beschwerde gegen die Beschlüsse der Oberlandesgerichte (Fideikommißsenate).

§ 3

Die bei den Landgerichten anhängigen Sachen gehen in dem Stande, in dem sie sich befinden, auf die Oberlandesgerichte über, in deren Bezirk das Landgericht seinen Sitz hat. Desgleichen gehen die beim Obersten Fideikommißgericht im vormaligen Reichsjustizministerium anhängig gewordenen, aber noch nicht rechtskräftig erledigten Sachen, in denen ein bayerisches Fideikommißgericht in 1. Instanz entschieden hat, auf das Oberste Landesgericht über.

§ 4

Im übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommißauflösung vom

26. Juni 1935 (RGBl. I Seite 785) und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommißauflösung vom 24. August 1935 (RGBl. I Seite 1103) entsprechende Anwendung.

§ 5

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1948 in Kraft.

Begründung:

Die Abwicklung wichtiger Restaufgaben im Zuge der Fideikommißauflösung erfordert die Wiedereröffnung der Fideikommißgerichte.

Fideikommißgerichte 1. Instanz waren gemäß § 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommißauflösung vom 26. Juni 1935 (RGBl. I Seite 785) bis zum Erlaß der 2. Kriegsmaßnahmenverordnung vom 27. September 1944 (RGBl. I Seite 229), die wegen der beabsichtigten Aufhebung der Oberlandesgerichte deren sämtliche Zuständigkeiten auf andere Gerichte übertrug, die Oberlandesgerichte. Beschwerdegericht war in Bayern auf Grund des § 36 Abs. 2 der Verordnung vom 26. September 1919 (GBl. Seite 647) das Oberste Landesgericht bis zu seiner durch das Gesetz vom 19. März 1935 (RGBl. I Seite 383) erfolgten Aufhebung. An seine Stelle trat auf Grund des Gesetzes vom 26. Juni 1935, welches auch das Verfahrensrecht reichseinheitlich regelte, das beim Reichsjustizministerium gebildete Oberste Fideikommißgericht.

Die 2. Kriegsmaßnahmenverordnung hat in ihrem § 52 die Zuständigkeiten der Oberlandesgerichte (Fideikommißsenate) auf das Landgericht übertragen, in dessen Bezirk das Oberlandesgericht seinen Sitz hatte. Da nunmehr der Grund für diese Regelung, nämlich die beabsichtigte Aufhebung der Oberlandesgerichte in Wegfall gekommen ist, wird, wie dies bereits in der britischen Zone geschehen ist, die frühere erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Fideikommiß- und Stiftungssachen wieder herzustellen sein, zumal die Oberlandesgerichte auf Grund ihrer langjährigen Tätigkeit auf diesem Gebiete wenigstens teilweise noch über geschulte Kräfte verfügen, die mit dieser Sondermaterie vertraut sind.

An die Stelle des früheren Obersten Fideikommißgerichts, welches beim Reichsjustizministerium gebildet war, tritt für Bayern nunmehr das Oberste Landesgericht, wie dies bereits in § 7 des Gesetzes über die Wiedererrichtung des Obersten Landesgerichts vorgesehen ist. Durch die Fassung des § 2 Abs. 2 wird klargestellt, daß alle Zuständigkeiten und Aufgaben des früheren Obersten Fideikommißgerichts, welches nicht nur Rechtsmittelgericht war (vergl. z. B. §§ 32, 33 Abs. 2 der DFD. vom 24. August 1935, RGBl. I Seite 1103), auf das Oberste Landesgericht als Oberstes Fideikommißgericht übergehen.

Im übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommißauflösung vom 26. Juni 1935 (RGBl. I Seite 785) und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommißauflösung vom 24. August 1935 (RGBl. I Seite 1103) entsprechende Anwendung. Das Gesetz soll mit der Wiedererrichtung des Obersten Landesgerichts als des Obersten Fideikommißgerichts am 1. Juli 1948 in Kraft treten.